



Die katastrophalen Überschwemmungen in Texas Anfang Juli 2025, bei denen mindestens 51 Menschen starben und zahlreiche weitere noch vermisst werden, legen offen, wie sich politische Sparprogramme auf die Katastrophenvorsorge ausgewirken.

Personalmangel und Vorhersagen

Unter Präsident Donald Trump wurden im Rahmen des Programms zur „Effizienzsteigerung der Bundesbehörden“ erhebliche Budgetkürzungen bei der National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA) und dem National Weather Service (NWS) vorgenommen. Insgesamt wurden rund 600 Stellen beim NWS gestrichen, was einem Rückgang der Belegschaft um etwa zehn Prozent entspricht. Besonders gravierend war die Situation in Texas: Das NWS-Büro in Houston arbeitete zeitweise mit bis zu 44 Prozent Personalunterdeckung. Vielfach wurden die rund um die Uhr betriebenen Dienste eingestellt und Wetterballonstarts reduziert – beides entscheidende Elemente für lokal präzise Wetterprognosen.

Warnungen zu spät – Regenfälle weit unterschätzt

Am 3. Juli veröffentlichte das NWS eine Hochwasserwarnung. Lokale Behörden beklagten jedoch, dass die prognostizierten Regenmengen von drei bis sechs Zoll die Realität erheblich unterschätzten. Tatsächlich fielen stellenweise über zehn Zoll Regen, was zu extremen Überflutungen führte. Der Leiter des texanischen Notfallmanagements wies auf die fehlende Übereinstimmung zwischen Vorhersage und tatsächlichem Ereignis hin. Viele Gemeinden blieben unvorbereitet – mit tragischen Folgen: Besonders betroffen war das christliche Sommercamp Mystic, in dem 27 Mädchen als vermisst gemeldet wurden.

Regierung verteidigt, Kritik wächst

Die Trump-Regierung verteidigte ihre Sparmaßnahmen mit dem Argument, veraltete Systeme modernisieren zu wollen. Heimatschutzministerin Kristi Noem bezeichnete die bestehenden Warnsysteme als überaltert und kündigte Investitionen an, nannte jedoch keine konkreten Zeitpläne oder Budgets. Stimmen aus dem Wetterdienst selbst sowie aus dem Kongress warnen hingegen eindringlich vor einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Alle fünf lebenden früheren Direktoren des NWS mahnten, die Kürzungen könnten die Fähigkeit der Behörde, genaue Wettervorhersagen zu liefern, erheblich beeinträchtigen.



Gesellschaftliche Wetterwarnung am Limit

Bereits im Juni war bekannt geworden, dass 15 NWS-Regionalstellen entlang der Golfküste und in Puerto Rico mit einer Unterbesetzung von mehr als 20 bis 30 Prozent arbeiteten. Betroffen waren auch kritische Regionen wie Miami und Houston. Die Folge: reduzierte Ballonstarts, fehlende Fachkräfte für stündliche Analysen und eine steigende Fehleranfälligkeit.

Zwar betonen einige Meteorologen, das NWS habe die akute Flutgefahr grundsätzlich prognostiziert, und die Überschwemmungen stellten ein außergewöhnliches Extremwetterereignis dar. Dennoch bleibt: Eine redundante, breit gestützte Infrastruktur ist unverzichtbar – insbesondere angesichts zunehmender Wetterextreme infolge des Klimawandels.

Alltagswarnsysteme funktionieren als Kette: von globalen Satellitendaten bis zu lokalen Daten und örtlichen Alarmen. Fehlt nur ein Glied – etwa Personal für Analysen oder für die Übersetzung und Verbreitung von Warnungen –, droht diese Kette zu reißen. Die Abschaltung der spanischsprachigen Warnkommunikation durch Vertragsbeendigung im Frühjahr 2025 ist dafür ein weiteres Beispiel.

Eine funktionierende Warnlogistik ist eine lebensrettende Gratwanderung zwischen technologischer Modernisierung und verlässlicher Personaldecke.

Autor: Andreas M. Brucker